



Rede

**Neujahrsempfang
IG BCE Bezirk Kassel
am 26. Januar 2013, 10 Uhr**

**Großsporthalle
Schenklengsfeld**

**Ulrich Freese
Stellvertretender Vorsitzender
der IG Bergbau, Chemie, Energie**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen des Vorstandes der IG BCE wünsche ich euch und Ihnen viel Kraft, Ausdauer, gute Ideen, Glück, aber vor allem Gesundheit für das neue Jahr! Ich freue mich sehr wieder einmal hier bei euch im hessischen Kalirevier sein zu können. Vielen Dank für die Einladung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2012 war ein sehr forderndes Jahr, in dem wir viel und erfolgreich gearbeitet haben. Zum Jahresende war es daher an der **Zeit abzuschalten** und aufzutanken.

Wir im Vorstand wissen sehr wohl, was unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort als Vertrauensleute, in Ortsgruppen und Regionalforen oder als Betriebs- und Aufsichtsrat geleistet haben. Wir wissen, wie viel **Engagement** ihr immer wieder in eure Arbeit einbringt.

Das ist weit mehr, als nur seinen Job zu machen! Das ist ein ehrenamtliches Engagement, das nur aus der **Kraft der politischen Überzeugung** erwachsen kann.

Es ist die Kraft, die notwendig ist, wenn man **Fortschritt für die Menschen** erreichen will. Fortschritt für die Menschen, die uns vertrauen und die deshalb Mitglieder unserer IG BCE sind.

Da muss man - so wie wir - mit Herzblut bei der Sache sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb stehen meine Ausführungen unter der Überschrift

„Kurswechsel 2013 – Nachhaltigen Fortschritt sichern“.

Das Jahr 2013 hat einige Themen auf der Agenda, die uns als politischen Akteur besonders fordern. Es stehen wichtige Wahlen an:

- Letzten Sonntag haben bereits die Niedersachsen einen neuen Landtag gewählt. Trotz Leihstimmen für die FDP ist die schwarz/gelbe Koalition abgewählt worden. Das konservativ/liberale Lager hat keine Mehrheit mehr. Rot/grün haben eine Stimme mehr im Landtag in Hannover und verhandeln zurzeit den Koalitionsvertrag.
- am 26. Mai sind Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein,
- am 15. September Landtagswahl in Bayern,
- wahrscheinlich am 22.9. die Bundestagswahl,
- und am 15. September Landtagswahl hier bei euch in Hessen.

Bei den Wahlen werden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes erfolgen.

Als politische Großwetterlage werden uns auch im neuen Jahr die globalen Wirtschafts- und Finanzprobleme weiter beschäftigen. Ursachen liegen auch in Europa. Wachstumsrisiken, zögerliches und teilweise falsches Krisenmanagement und hochverschuldete Staatshaushalte prägen das europäische Bild.

Am 1. Januar ist der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zur Stabilisierung des Euro in Kraft getreten. Was fehlt sind wirksame Wachstumsimpulse. Nur Sparen hilft nicht.

In Spanien und Griechenland sind als Folge erste politische Konsequenzen zu sehen. Es leben spanische Unabhängigkeitsbewegungen vor allem in Katalonien wieder auf, während in Griechenland der Neonazismus auf dem Vormarsch ist.

Es zeigt sich, dass Politik und Wirtschaft nicht zu trennen sind! **Not frist**
Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Grundlage eines vereinten Europas war und ist die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Deshalb war der 22. Januar in diesem Jahr, der 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages, ein besonderes Datum.

Diese Sachverhalte, im eher europäischen Kontext, nenne ich deswegen, weil sich in diesem Jahr auch Geschichtstermine aus einer bitteren Zeit in Deutschland jähren.

Am 30. Januar 1933, vor 80 Jahren, wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Mit dieser Machtergreifung fand die erste deutsche Demokratie ihr Ende und der Weg in Diktatur, Krieg und Zerstörung begann.

Zu den Opfern zählten auch tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Dass die Gewerkschaften damals im Fokus der Auseinandersetzung standen, wurde sehr früh deutlich. Die ersten Angriffe der Nazis wurden zum Beispiel am 11. März 1933 mit der Besetzung des Gewerkschaftshauses des alten Bergarbeiterverbandes in Bochum und der Verhaftung zahlreicher Gewerkschafter deutlich.

Wenige Wochen später, in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 1933, besetzten die Nazis alle Gewerkschaftshäuser in Deutschland und zerschlugen die freien Gewerkschaften. Tausende Gewerkschaftsmitglieder wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt, in die Emigration getrieben oder ermordet.

Unter ihnen Fritz Husemann, der damalige Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes, als Sozialdemokrat Abgeordneter im Reichstag und Vizepräsident der Bergarbeiterinternationale. Er wurde am 18. März 1935 nach erneuter Verhaftung ins Konzentrationslager Esterwegen eingeliefert. Durch Gewehrschüsse der Wachmannschaft schwer verletzt starb er am 15. April 1935.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns die Gedenktage 2013 und die anstehenden Wahlen dazu nutzen, kraftvoll gegen rechte Ideologien, rechte Gewalt und rechtes Gedankengut zu demonstrieren! Uns geht es nicht um Schuld, sondern gegen das Vergessen und dass sich diese Geschichte in Deutschland nicht wiederholen darf. Nazis haben in unseren Parlamenten nichts zu suchen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber auch anderen großen Herausforderungen steht unsere IG BCE 2013 gegenüber.

Vergleichbar mit anderen großen Organisationen schöpft die IG BCE ihre Kraft auch aus der Anzahl ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zu anderen ist es uns allerdings im letzten Jahr gelungen, in der Gesamtmitgliederentwicklung **bei der schwarzen Null** zu landen.

Doch vor allem ist es uns **wiederum gelungen, in den Betrieben** das Jahr **positiv abzuschließen**. Zum zweiten Mal hintereinander haben wir den Rückgang bei den erwerbstätigen Mitgliedern nicht nur gestoppt, sondern in den Betrieben wachsen wir tatsächlich wieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist ein sehr, sehr gutes und sehr, sehr wichtiges Signal. Denn es macht Mut und schafft Unterstützung für unseren Weg. Das zeigt, wir sind auf dem richtigen Weg. Und wenn wir diesem Weg weiter entschlossen folgen, dann werden wir auch die Trendwende in eine gute Zukunft für unsere IG BCE erreichen. Da bin ich mir ganz sicher.

Ganz herzlich möchte ich mich bei Euch **bedanken**. Bedanken für den großen und kontinuierlichen Einsatz in der Mitgliedergewinnung.

Das ist zwar manchmal ein mühseliges Geschäft, aber das ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer IG BCE.

Ganz offensichtlich macht ihr es zu eurer **persönlichen Aufgabe**, die Zukunftsfähigkeit unserer Organisation sicherzustellen. Das spürt man, das sieht man und das trägt uns.

Anders wären diese Erfolge in der Mitgliederentwicklung kaum zu erzielen und nur schwer erklärbar.

- Das geht nur mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären, die um die entscheidende Bedeutung der Mitgliederentwicklung für die **Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft unserer IG BCE** wissen.
- Das geht nur mit Funktionären, die Mitgliedergewinnung als einen **politischen Auftrag** verstehen und diesen politischen Auftrag als selbstverständlichen Teil ihrer täglichen Arbeit umsetzen.
- Das geht nur, wenn der Kopf kühl bleibt und das Herz mit Temperament und Überzeugung für die gewerkschaftliche Sache schlägt.

Deshalb noch einmal vielen Dank für euer unermüdliches Engagement!

Die bessere Mitgliederentwicklung, Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich Ergebnis unserer guten Politik, des herausragenden persönlichen Engagements unserer aktiven Funktionäre, und sie ist das Ergebnis der **systematischen und konsequenten Zukunftsausrichtung unserer IG BCE seit 2009**.

Unsere Projekte und Investitionen im Prozess Zukunftsgewerkschaft 2020, die Konzentration auf unsere Ziele, die bessere Planung und verbindliche Umsetzung in der gemeinsamen Arbeit **zeigen Wirkung**. In der Politik, in den Unternehmen und eben auch zunehmend in der Mitgliederstatistik.

- Ähnlich wie im Vorjahr hat fast die Hälfte unserer Bezirke - 21 genau - eine positive Gesamtmitgliederentwicklung.
- **Euer Bezirk Kassel ist mit fast 1.000 neuen Mitgliedern mit an der Spitze.**
- In den Betrieben haben wir die Trendwende von 2011 bestätigt.
- 2012 ist die Zahl der erwerbstätigen Mitglieder bundesweit um **822** gewachsen.

Das ist ein tolles Ergebnis. Herzlichen Dank!

Und auch in dieser Hinsicht zeigt der Zukunftsprozess positive Wirkungen. Ich stelle fest:

- Wir haben **in den Betrieben an Gestaltungskraft gewonnen**. Weil wir mit unserem gewerkschaftlichen Ansatz von „Guter Arbeit“ die zentralen Themen der Beschäftigten in den Fokus gerückt haben. Aber auch, weil wir gleichzeitig die Mitglieder stärker einbezogen und mobilisiert haben, etwa in den Tarifrunden.

In der **Tarifpolitik** zahlt sich betriebliche Handlungsfähigkeit unmittelbar aus. Unter allen großen Branchen der deutschen Wirtschaft haben wir in der Chemie seit 2009 die besten Ergebnisse für unsere Mitglieder erzielt.

Und auch für die bevorstehende Tarifrunde im Kalibergbau haben wir uns einiges vorgenommen. Das könnte einige hier im Saal interessieren.

Um solche inhaltlichen und organisationspolitischen Erfolge auf Dauer zu ermöglichen, um den Erwartungen unserer Mitglieder in einer sich ändernden

Gesellschaft und Wirtschaft gerecht zu werden, darum haben wir den Zukunftsprozess 2020 aufgelegt. Und ich stelle fest:

- Die große und **wachsende Zustimmung** zu unserer IG BCE ist deutlich spürbar - eben weil wir vor Ort und erlebbar sind,
- weil wir unsere Betriebe und unsere Branchen kennen und sichtbar mitgestalten,
- weil wir wissen, was die Beschäftigten an Unterstützung und Leistungen von uns erwarten,
- weil wir ein gutes und professionelles Verhältnis zu den betrieblichen Funktionsträgern wie zu den Sozialpartnern haben
- und nicht zuletzt, weil wir in der Politik wie in der Wirtschaft geschätzt, respektiert und am Ende auch für unsere Handlungsfähigkeit bekannt sind.

Zum Ausdruck kommt das beispielsweise regelmäßig bei den **Betriebsratswahlen**. Nirgendwo sonst sind die Wahlbeteiligung und die Zustimmung zu den gewerkschaftlichen Kandidatinnen und Kandidaten der IG BCE größer als in unserem Organisationsbereich.

Mit unseren Betriebsräten, Vertrauensleuten und Ortsgruppen sind wir mit guter Politik und guten Kandidaten nah bei den Menschen, sonst wäre unsere Basis nicht so stabil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Auftrag ist es, die Dynamik der Veränderungen im Interesse unserer Mitglieder zu nutzen. Darauf beruht die Erfolgsgeschichte unserer Gewerkschaft.

Wir sind diejenigen, die im Interesse der abhängig Arbeitenden, an die Zukunft und den Fortschritt denken. Wir sind diejenigen, die die politische Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Gesellschaft in diesem Sinne aufnehmen.

Denn die fundamentalen Werte, die uns antreiben: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind nicht in einem stabilen Aggregatzustand, sondern ein ständig zu gestaltender Auftrag.

Wir sehen das an vielen Stellen in dieser Welt und in unserem Land. Wir sehen neue Ungleichheit, Repression und Ausbeutung. Wir sehen jedoch auch immer wieder die Kraft der kollektiven politischen Veränderung.

Es bleibt dabei: Das Schreckgespenst der Machteliten ist die politische Kraft und die gesellschaftliche Intelligenz der großen Mehrheit.

Daher war und ist die Prophezeiung vom Ende der „lästigen“ Gewerkschaften eher ein Wunsch der Machteliten. Dort träumt man gerne vom ungestörten Ausleben der eigenen Privilegien.

Wer aber in diese Welt schaut, der sieht heute eher einen größeren Bedarf an gewerkschaftlicher Organisation, an Gerechtigkeit und Demokratie. Eine gute Ausgangsposition für unseren gewerkschaftlichen Zukunftsprozess.

Der Wandel der Gewerkschaften ist keine Bedrohung, sondern zeigt seit Generationen unsere Kraft zur Evolution. Darum ein kurzer Blick in der Geschichte der Arbeiterbewegung, im 150. Jahr der Sozialdemokratie:

- Unsere Vorgänger haben unter den Bedingungen der beginnenden Industrialisierung und gegen die Macht der Ständegesellschaft die Gewerkschaften und die Arbeiterpartei geschaffen.
- Sie haben die gewerkschaftliche Organisation trotz der Repression unter den Sozialistengesetzen im deutschen Reich weiter entwickelt.

- Sie haben nach dem Ersten Weltkrieg die Möglichkeiten des Betriebsrätegesetzes 1920 genutzt.
- Sie haben programmatisch 1928 mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie eine neue Strategie formuliert, die bis heute den Mitbestimmungsgedanken prägt.
- Sie haben im Nationalsozialismus den Widerstand organisiert und nach Kriegsende eine neue gewerkschaftliche Struktur und Programmatik aufgebaut.
- Sie haben in den 70er-Jahren als maßgebliche Kraft beim Ausbau des Sozialstaates und der Mitbestimmung mitgewirkt.
- Sie haben überholte und dogmatische Programmdebatten zu neuen Ansätzen, wie der Sozialpartnerschaft, weiterentwickelt.

In dieser Tradition sind auch heute Veränderung und Wandel und das Hinterfragen von Inhalten, Strukturen und Prozessen zu **verstehen**. Unsere Verantwortung ist es, die gewerkschaftliche Sache und unsere Organisation in die Zukunft zu führen – und nicht, sie lediglich zu verwalten.

Natürlich sind Gewerkschaften und sozialstaatliche Ideen geschwächt durch die langen Jahre **neoliberaler Dominanz**. Natürlich leiden die Gestaltungsfähigkeit und Bindekraft unter der **Globalisierung** und **Individualisierung**.

Selbst in **Deutschland** mit seiner vergleichsweise starken Gewerkschaftsstruktur ist die Welt längst nicht mehr in Ordnung. Die Zahl der Beschäftigten ohne Schutz durch Betriebsräte und Tarifverträge wächst.

Wahr ist: **Auch uns** ist es lange nicht gelungen, neu entstehende Betriebe und deren Beschäftigte umfassend zu organisieren. Und selbst da, wo wir nach wie vor stark

sind, in der klassischen Industrie und in der Produktion, selbst in diesen Unternehmen sind wir lange nicht vom Fleck gekommen bei dem Versuch, neue Beschäftigtengruppen für uns zu gewinnen.

Ich kenne **keine Gesetzmäßigkeit**, der zufolge Gewerkschaften immer kleiner werden müssten, und ihr habt nun zwei Jahre lang das Gegenteil auch bewiesen.

Wo die Verhältnisse schlimm sind, da muss der Staat sicherlich für Mindeststandards sorgen. Aber unser Anspruch ist es, aus eigener Kraft die Arbeitswelt zu gestalten, und dieser Anspruch geht über das Setzen von Mindeststandards weit hinaus.

Aber es bleibt bei einer anderen Gesetzmäßigkeit: In schwach organisierten Branchen und Betrieben sind die **Arbeitsbedingungen und die Entlohnung regelmäßig schlechter**, als es in unserem Organisationsbereich üblich ist.

Und wer sich in Ländern mit schwacher gewerkschaftlicher Vertretung umsieht, der erkennt, dass zumeist auch das **Gebot sozialer Gerechtigkeit** nur schwach entwickelt ist.

- Wir wollen, dass in Deutschland und in Europa die **Prinzipien sozialer Verantwortung** verwirklicht werden. Mit fairen und guten Bildungschancen, mit gerechter Beteiligung am Wohlstand, mit Schutz vor den großen Risiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersarmut.
- Wir wollen **weder Ausbeutung** in der Arbeit, **noch** die **Unterwerfung** der Menschen unter den Kommerz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Eines der wichtigsten Themen ist und bleibt für die IG BCE die **Neuordnung der Arbeit**. Es gibt heute Zustände in der Arbeitswelt, die hier nicht hin gehören und die wir in Deutschland auch nicht haben wollen. Dazu zählen

- der Missbrauch von **Leiharbeit**,
- **Billiglöhne**, die nicht einmal das Existenzminimum sichern,
- willkürliche **Befristungen** und
- die Umwandlung von Vollzeitstellen in **Minijobs**.

Prekäre oder atypische Beschäftigung wird das genannt. Wahr ist: In den meisten Fällen handelt es sich um Formen nackter Ausbeutung mit gravierenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun, und wir werden alle Parteien daran messen, ob und wie sie bereit sind, diese unwürdigen Verhältnisse zu beenden. Es reden ja zumindest alle darüber.

Der **Tarifvertrag für Leiharbeiter** in der Chemie ist seit dem 1. November in Kraft. Dort erhalten Leiharbeiter jetzt Zuschläge zwischen 15 und 50 Prozent. Wir haben ganz ähnliche Tarifverträge auch für die Kautschuk- und die Kunststoffindustrie abgeschlossen, die seit dem 1. Januar gelten.

Unser Ziel ist es, **in weiteren Branchen** vergleichbare Zuschlagsysteme aufzubauen. Etwa in der **Papierindustrie**, wo wir im Frühjahr darüber mit den Arbeitgebern sprechen werden.

Im Frühjahr werden wir auch gemeinsam mit unseren Betriebsräten systematisch überprüfen, mit welchen Firmen der Zeitarbeit unsere Industrien Geschäfte machen. Wir werden uns auf keinen Fall damit abfinden, dass die Tarifverträge zur Leiharbeit unterlaufen werden.

Wir bleiben an dem Thema dran, Kolleginnen und Kollegen.

Leiharbeit vernünftig zu regeln ist aber nicht alleinige Aufgabe der Gewerkschaften. Es ist unverändert die originäre **Verantwortung des Gesetzgebers**, die Voraussetzungen für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Bislang ist aber weder die Bundesregierung insgesamt noch die Arbeitsministerin zu politischen Initiativen bereit, mit denen wieder akzeptable Standards auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen wären. Das Gegenteil ist der Fall. Mit der höheren Verdienstgrenze von monatlich 450,- Euro bei **Minijobs** gibt die Regierung leider das komplett falsche Signal.

Das werden wir im Wahlkampf nicht unkommentiert lassen. Gemeinsam mit allen Gewerkschaften fordert die IG BCE:

- Leiharbeit begründen, begrenzen und fair bezahlen.
- Mindestlohn als Schutz vor Billiglohn und Ausbeutung.
- Keine Befristung ohne Grund.

Der zweite thematische Schwerpunkt gilt der **Guten Arbeit**. Da ist unsere eigene Gestaltungskraft stärker gefordert. Etwa bei betrieblichen Initiativen gegen die zunehmende Verdichtung von Arbeit oder bei der Umsetzung des Demographie-Tarifvertrags II. Das wird begleitet durch entsprechende Materialien der Kampagne.

Wir werden diese beiden thematischen Schwerpunkte durch unsere Forderung nach einer **Reform des Betriebsverfassungsgesetzes** verknüpfen. Das Gesetz muss so angepasst werden, dass es Veränderungen in der Arbeitswelt künftig besser entspricht und gerecht wird.

Die IG BCE fordert eine **zwingende Mitbestimmung** von Betriebsräten **bei Fremdbeschäftigung**. Das ist die Grundlage, um darüber eine Betriebsvereinbarung

schließen zu können und um beispielsweise zu verhindern, dass Tarifverträge zur Entlohnung von Leiharbeitern unterlaufen werden. Dieses Mitbestimmungsrecht sollte im Übrigen auch im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgeschrieben werden.

Wir wollen darüber hinaus die Möglichkeiten der Betriebsräte verbessern, auf die steigende Zahl psychischer Erkrankungen zu reagieren. Sie sind der sichtbarste Ausdruck einer **zunehmenden Überforderung** vieler Beschäftigter. Die Kombination aus wachsendem Leistungsdruck, höheren Verantwortlichkeiten und permanenter Erreichbarkeit überschreiten immer häufiger die natürlichen Grenzen der menschlichen Schaffenskraft.

Wir wollen eine umfassende und ganzheitliche Betrachtung der Arbeit und der Auswirkungen auf den Menschen und sein soziales Umfeld. Das verstehen wir unter Arbeitspolitik. Und in diesem Sinne brauchen Betriebsräte neue **Chancen und Initiativrechte zur Mitgestaltung guter Arbeit.**

Im DGB haben wir uns im Übrigen geeinigt, gemeinsam die **Alterssicherung** zu einem Schwerpunktthema in 2013 zu machen.

Es ist in der Tat absolut unzureichend, wenn die Arbeitsministerin im vierten Regierungsjahr urplötzlich feststellt, dass künftig in Deutschland wieder **Altersarmut** droht. Ihr alle wisst, was dieser Erkenntnis nach einer aufgeregten Debatte folgen soll. 10 bis 15 Euro mehr für Minirentner – nach mindestens 40 Beitragsjahren und privater Zusatzvorsorge. Die amtierende Regierung nennt das „Lebensleistungsrente“, wenn sich die Koalition dazu überhaupt verständigen kann. Ich nenne das zynisch gegenüber der Lebensleistung der Beschäftigten.

Solche Schein-Antworten auf existenzielle Fragen der Menschen führen zu einem schwerwiegenden **Vertrauensverlust** – in unser System sozialer Sicherung und in die Lösungskompetenz der Politik. Deshalb geht es um mehr als Rentenarithmetik.

Wir haben klare Vorstellungen und ein **Konzept**, wie man es besser machen könnte:

- Rücknahme der Beitragssenkung im nächsten Jahr, stattdessen schrittweise und berechenbar eine Erhöhung auf 22 Prozent, um das Rentenniveau für alle zu verbessern.
- Eine garantierte Rente von 850 Euro, indem die Beiträge von Geringverdienern aufgestockt werden.
- Eine deutliche Aufwertung der Rente bei Erwerbsunfähigkeit.

Das reicht noch nicht, um auch in Zukunft den Lebensstandard sichern zu können. Deshalb haben wir Tarifverträge zur **zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge** geschlossen. Das ist der richtige Weg, das ist attraktiv und das hält auch die Arbeitgeber in der Verantwortung für die Alterssicherung.

Die größte Sorge der Beschäftigten ist aber, ob sie es überhaupt gesund in den Ruhestand schaffen. Die Voraussetzungen dafür sind ganz unterschiedlich, und deshalb brauchen wir **flexible Übergänge** in den Ruhestand.

Eine Kombination aus Teilrente und tariflich gestalteter Teilzeitarbeit, das ist bis heute das einzige sinnvolle Konzept dafür.

Wir wollen kein Lob von der Arbeitsministerin für unsere innovative Tarifpolitik, wir wollen die **Teilrente ab 60**. Davon haben die Menschen etwas, um die es uns geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist schon sehr ernüchternd und enttäuschend, wie wenig sich jahrelange Debatten um den **demographischen Wandel** in konkretem Regierungshandeln niederschlagen.

Schon lange wissen wir: Unser Wohlstandsniveau werden wir nur bewahren können, wenn wir uns als Hochleistungsland behaupten. Wir reden über **Fachkräftemangel** und wie man mit einer alternden Bevölkerung innovationsfähig bleibt. Aber was folgt daraus? In Deutschland wächst die prekäre Beschäftigung, dabei ist vollkommen klar, dass wir mit solchen Arbeitsverhältnissen keine einzige Frage des demographischen Wandels vernünftig lösen können. Und damit kann man auch die innovative Exportwirtschaft nicht zukunftsfähig machen.

Es ist unglaublich, dass immer noch fast zehn Prozent aller **Jugendlichen ohne Schulabschluss** bleiben und dass immer noch viele junge Menschen keinen Beruf erlernen.

Was uns möglich ist, tun wir. Mit unserem Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ haben wir 2012 einen **Ausbildungsrekord in der chemischen Industrie** erzielt. Das ist Zukunftsvorsorge. Wir haben mit „**Start in den Beruf**“ ein tolles Programm aufgelegt, mit dem wir Schulabgänger fördern, denen Voraussetzungen zu einer Berufsausbildung fehlen.

Warum holt Frau von der Leyen nicht die Sozialpartner an einen Tisch und spricht mit ihnen darüber, wie man das auf andere Branchen übertragen könnte? Wir haben das vorgeschlagen, aber keine Antwort erhalten. Wir werden uns nicht damit zufrieden geben, wenn versucht wird, gute Vorschläge begründungslos zu ignorieren.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, in Sachen Berufsausbildung sind und bleiben auch die **Arbeitgeber in der Pflicht**. Es ist bereits erkennbar, dass einige Unternehmen offenbar die augenblickliche Wirtschaftsflaute nutzen wollen, um die Ausbildungskapazitäten zu reduzieren. Das wäre natürlich das Dümme, was man tun kann. Aber es passiert trotzdem, wenn wir nicht höllisch aufpassen.

Deswegen gilt 2013 für uns das Motto: **Kein Abbau von Ausbildungskapazität.** Werkstätten und Ausbilder, die einmal verloren sind, werden kaum rückholbar sein. Deshalb müssen wir um jeden Ausbildungsplatz kämpfen. Wir werden das auch in den Spitzengesprächen mit unseren Sozialpartnern thematisieren und entsprechende Zusagen einfordern.

Im Übrigen: Gut und immer auch preiswert, jedoch nicht billig ist es, ausgebildeten jungen Menschen eine Übernahme zu bieten. Das unterscheidet nachhaltige Unternehmenspolitik von kurzfristiger Personalmodulation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in einer wirtschaftlich labilen Lage erfordert ein gewaltiges Projekt wie die **Energiewende** natürlich besondere Sorgfalt. Deshalb hat die IG BCE schon vor einem Jahr die Bundesregierung aufgefordert, ein eigenes **Energieministerium** zu schaffen. Begründet haben wir dies mit der enormen Komplexität der Energiewende, die kaum in der Zersplitterung von Zuständigkeiten zu bewältigen ist.

Die Entwicklung in den letzten zwölf Monaten hat uns in dieser Einschätzung bestätigt. Vieles läuft unkoordiniert neben- und gegeneinander, die Probleme reichen vom Investitionsstau bei Kraftwerken bis zum Rückstand beim Netzausbau. Und das alles bei drastisch steigenden Energiekosten.

Diese offensichtlichen Mängel hat kurz vor Weihnachten auch der **Monitoringbericht der Bundesregierung** aufgelistet. Das Kabinett hat daraufhin Eckpunkte für einen rascheren **Netzausbau** und ein kleines Förderprogramm zur energetischen **Gebäudesanierung** beschlossen. Das sind bestenfalls Ansätze eines besseren Managements der Energiewende, die allerdings der Größe der Herausforderungen nicht entsprechen.

Stückwerk bleibt Stückwerk, das werden wir auch weiterhin in aller Klarheit kritisieren, Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt nimmt die Regierungsmehrheit auch noch die Verbraucher in die **Haftung**, wenn **Off-Shore-Windanlagen** nicht rechtzeitig an das Stromleitungsnetz angeschlossen werden. Wenn überhaupt, dann müsste die Allgemeinheit, also der Staat dafür einstehen. Stattdessen werden die Kosten der Energiewende zum wiederholten Mal auf die Verbraucher verschoben. Und das belastet Menschen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen besonders stark.

Im Prinzip handelt es sich dabei um heimliche Steuererhöhungen. Dass dieser Finanzierungsweg in seiner Verteilungswirkung zu krasser Ungerechtigkeit führt, ist für die Bundesregierung offenbar ohne Bedeutung.

Dies erfüllt uns mit Sorge, denn dieses anspruchsvollste Modernisierungsprojekt in der Nachkriegsgeschichte braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Die ist auf Dauer aber nur zu haben, wenn die Kosten fair verteilt sind.

Die IG BCE wird die Energiewende natürlich weiter begleiten. Mit dem **Innovationsforum Energiewende**, in dem Betriebsräte und Vorstände aus unseren Unternehmen zusammenarbeiten. Im Kern geht es uns in dieser Initiative darum, die Innovationen der Unternehmen zu fördern, statt die Innovationsbereitschaft mit immer neuen Kosten zu ersticken. Mit dem Innovationskongress im November in Berlin haben wir diesen strategischen Ansatz bereits sehr erfolgreich präsentiert.

Wir werden darüber hinaus eigene Impulse setzen. In den nächsten Wochen werden wir beispielsweise ein eigenes Konzept für einen **neuen Strommarkt** vorlegen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Diskussion um eine Weiterentwicklung des EEG und des Energiewirtschaftsgesetzes leisten. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie wir den Ausbau der Erneuerbaren mit den Anforderungen von

Effizienz und Preiswürdigkeit sowie mit der Notwendigkeit von Versorgungssicherheit bestmöglich verbinden.

Im Übrigen fordert die IG BCE eine schnelle Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den steigenden Energiekosten. Am besten durch eine Erhöhung der **Pendlerpauschale** von heute 30 auf künftig 40 Cent. Das ist eine überfällige Anpassung nach fast einem Jahrzehnt, in dem der Benzinpreis um 54 Prozent gestiegen ist.

Die Pendlerpauschale **bleibt** für uns jedenfalls **auf der Tagesordnung**. Ich bitte euch: Helft mit, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

Ein anderer Bereich, in dem, wie bei der Energie, auch Versorgungssicherheit eine Rolle spielt, ist die **Rohstoffgewinnung in Deutschland**. Für unseren Industriestandort wird es immer wichtiger, eine verlässliche und bezahlbare Rohstoffversorgung zu organisieren. Dabei stehen der Zugang zu Lagerstätten sowie die ethischen und ökologischen Rahmenbedingungen, unter denen Rohstoffe gefördert werden, im Fokus.

Eins sollte dabei allen Akteuren in der Gesellschaft klar sein: Unser Wohlstand basiert zum großen Teil auf **Industrieller Produktion und Rohstoffgewinnung**. Dazu gehört auch ein erfolgreicher **Kali- und Steinsalzbergbau**, mit guten Arbeitsbedingungen, angemessener Bezahlung und vorbildlichem Arbeits- und Umweltschutz. Und es wäre gut, wenn K+S neben dem internationalen Engagement auch in den Aufschluss und die Förderung neuer nationaler Kalilagerstätten investieren würde. Dieser Standort bietet für die Rohstoffgewinnung auch im internationalen Vergleich enorme Vorteile. Die sollten Sie nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir schon beim Thema Bergbau sind, einige Bemerkungen zur Steinkohle. Ein Bergbau mit vielen Verdiensten im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich.

Noch heute profitieren viele Branchen von den Erfahrungen des Arbeitsschutzes im Bergbau und sogar international vom technischen Fortschritt. Mit der Schließung des Bergwerkes West im Dezember 2012 sind noch 3 Schachtanlagen in Betrieb.

Wir haben immer gesagt, dass der Ausstieg aus der heimischen Steinkohle bis 2018 eine falsche Entscheidung der Politik ist. Der international steigende Energiebedarf und der Ausstieg aus der Kernenergie erhöhen die globale Nachfrage nach Kohle. Und Deutschland verzichtet auf einen wertvollen Rohstoff und macht sich abhängig von unkalkulierbaren Entwicklungen auf dem Weltmarkt.

Doch wir beugen uns dem Primat der Politik.

Ich halte es auch für falsch, dass niemand in einen Bergbau ohne Subventionen investieren will.

Eine neue deutsche Kokskohlenzeche wäre für unsere Stahlindustrie sicherlich billiger und gewinnbringender als die Milliardengräber, zu denen sich neue Stahlwerke in Brasilien und den USA entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wahlkampfzeiten sind immer auch Zeiten des intensiven Wettstreits um die politische Deutungshoheit, also darum, welchen Werten politische und wirtschaftliche Entscheidungen folgen sollen.

Wir wollen uns an dieser Diskussion beteiligen und werden auch deshalb im Frühjahr gemeinsam **mit Arbeitgeberverbänden der chemischen Industrie** eine **Nachhaltigkeitsinitiative** starten.

Wir haben uns bereits auf ein gemeinsames Verständnis von einer nachhaltigen Entwicklung geeinigt. Es umfasst die ökologische und ökonomische Dimension von nachhaltiger Entwicklung, was nicht so überraschend ist.

Wir haben die Industrie und die Arbeitgeber aber auch dazu gebracht, sich stärker zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit zu bekennen – und zwar ganz konkret zu Tarifverträgen, Betriebsräten und Gewerkschaften und zu guter Arbeit.

Ziel der Initiative ist es,

- unser Verständnis von Nachhaltigkeit in die gesellschaftliche und politische Debatte einzubringen und nicht allein den Umweltverbänden und anderen Organisationen das Feld zu überlassen,
- in unseren Unternehmen eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und
- natürlich auch darzustellen, welche Leistungen die Chemie für eine nachhaltige Entwicklung bereits erbringt.

Ich bin sicher, das wird auch die Auseinandersetzungen im Wahlkampf um die künftige Ausrichtung unseres Landes positiv beeinflussen. Und wir haben natürlich die Möglichkeit, die Unternehmen und die Arbeitgeber beim Wort zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2013 ist das Jahr, das die **Chance zu einem nachhaltigen Umschwung** bietet. Das wollen wir und das müssen wir nutzen. Deshalb **Kurswechsel 2013 – Nachhaltigen Fortschritt sichern!**

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Lasst uns gemeinsam an dieser Tagung in diesem Sinne arbeiten.

Ich wünsche allen für das Jahr 2013 den gewohnten Erfolg, eine erfolgreiche Arbeit, vor allem Gesundheit und

ein herzliches Glückauf.